

Referentin des Oberbürgermeisters, Geschäftsstelle Lokale Agenda 21/Bürgerschaftliches Engagement
 Sachbearbeiter(in): Miriam Krumhard
 23.06.2021

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Umwelt-, Bau- und Verkehrsausschuss (öffentlich)	07.07.2021
Gemeinderat (öffentlich)	14.07.2021

**Zwischenbericht Nachhaltigkeit und Klimaschutz
 Weiterentwicklung des örtlichen Prozesses Agenda 2030
 Erklärung der Stadt Rottweil zum Klimaschutzpakt Baden-Württemberg**

Beschlussvorschlag:

1. Der Gemeinderat nimmt den aktuellen Zwischenstand bezüglich der Themenfelder „Nachhaltigkeit und Klimaschutz in der Stadtverwaltung Rottweil“ zur Kenntnis.
2. Der Gemeinderat befürwortet die Unterzeichnung der Erklärung der Stadt Rottweil zum Klimaschutzpakt Baden-Württemberg.

Begründung:

Nachhaltigkeit:

Die Stadt Rottweil hat sich mit Gemeinderatsbeschluss vom 22.05.2001 einstimmig zur Einführung einer Lokalen Agenda 21 verpflichtet. Diese basiert auf den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung, wie sie die Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro 1992 beschlossen hat. Seitdem engagieren sich Bürgerinnen und Bürger in verschiedensten Arbeitskreisen der Lokalen Agenda 21 Rottweil. Weitere Initiativen und Gruppierungen haben sich zudem im Rahmen des Bürgerschaftlichen Engagements intensiv eingebracht.

Im Herbst 2015 haben alle 193 UN-Mitgliedsstaaten die Agenda 2030 beschlossen, einen Aktionsplan mit Zielerreichungshorizont 2030, der auf dem Aktionsprogramm der Agenda 21 basiert. In Deutschland wird die Agenda 2030 strategisch von der Bundesregierung gemeinsam mit den Bundesländern verfolgt. Letztlich kommt es aber auf die konkreten Handlungen auf Ebene der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger an, ob Deutschland seine im Rahmen der Agenda 2030 gesetzten Ziele erreichen wird.

Am 25.10.2017 hat der Gemeinderat die Weiterentwicklung der Agenda 21 Rottweil und die Implementierung der Agenda 2030 einschließlich der Sustainable Development Goals/SDGs (nachhaltigen Entwicklungsziele) in den örtlichen Agenda-Prozess zustimmend zur Kenntnis genommen.

Ende 2018 bewarb sich die Stadt Rottweil bei der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) um das Förderangebot einer Personalstelle zur „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“. Dieser wurde bedauerlicherweise im Jahr 2019 abgelehnt.

Dadurch fehlte der Stadtverwaltung in den letzten zwei Jahren eine Vollzeitstelle zur Initiierung und Umsetzung weiterer Maßnahmen im Bereich Nachhaltigkeit (17 SDGs) wie beispielsweise „Nachhaltige/faire und globalgerechte Beschaffung in der Stadtverwaltung“ oder auch die intensive Fortschreibung des Agenda 2030 Prozesses.

Im Frühjahr dieses Jahres wurde eine neue Fördertranche der SKEW ins Leben gerufen, die unter den selben Förderbedingungen wie vor zwei Jahren, die Möglichkeit schafft, Personal im Bereich „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“ einzustellen.

Das zweistufige Antragsverfahren endet am 31. August 2021. Durch das Angebot soll der häufige Mangel an personellen und finanziellen Ressourcen für kommunale Entwicklungspolitik ausgeglichen und diese als Querschnittsaufgabe in den Kommunen etabliert werden. Dazu sollen Grundlagen und Strukturen geschaffen werden, die auch über den Förderzeitraum hinaus eine Behandlung des Themas ermöglichen.

Um den Prozess Agenda 2030 weiter fortführen und zuverlässige Strukturen aus- und aufbauen zu können, wird die Stadt Rottweil diese Fördermöglichkeit des Bundesministeriums nutzen. Die Stelle zur Koordination Kommunaler Entwicklungspolitik wurde bereits 2018 vom Gemeinderat beschlossen und ist somit im Stellenplan enthalten, jedoch in sachlicher und zeitlicher Abhängigkeit der Förderung (Vorlage 167/2018, GR 24.10.2018). Die erste Hürde im neuen Antragsverfahren konnte die Stadtverwaltung bereits stemmen und ist nach einem dreitägigen Antragsseminar und einer bereits im Mai versandten Interessensbekundung nun mit schriftlicher Bestätigung zur Bewerbung zugelassen. Die Bewerbung soll noch vor der Sommerpause erfolgen.

Das entwicklungspolitische Projektziel, das durch den Einsatz der Koordinatorin/ des Koordinators erreicht werden soll, kann sich auf eines oder mehrere Themengebiete beziehen:

- Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung
- Fairer Handel und Faire Beschaffung
- Migration und Entwicklung auf der kommunalen Ebene
- Partnerschaften mit Kommunen und Regionen aus Ländern des Globalen Südens

Die Bewerbung der Stadtverwaltung wird sich nach Rücksprache mit der SKEW auf die beiden Themenfelder „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ sowie „Fairer Handel und Faire Beschaffung“ beziehen.

Bei positivem Förderbescheid wäre die Besetzung der Stelle im Frühjahr 2022 denkbar.

Um sich trotz ablehnendem Förderbescheid 2019 den status quo bezüglich nachhaltiger Maßnahmen in der Stadtverwaltung ermitteln zu lassen, konnte die Stadtverwaltung im Jahr 2019 eine Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Ludwigsburg mit der Erstellung einer Bachelorarbeit „Verbesserung der Nachhaltigkeit von Stadtverwaltungen am Beispiel der Stadt Rottweil“ beauftragen. Diese wurde während der Erstellung von der Referentin des Oberbürgermeisters betreut. Die Bachelorarbeit kann bei Interesse bei der Stabsstelle des Oberbürgermeisters eingesehen werden und empfiehlt beispielsweise die Fortführung des EEA-Prozesses, die Einführung eines neuen (papierlosen) Zeiterfassungssystems oder auch die verstärkte Nutzung eines elektronischen Dokumentenmanagementsystems innerhalb der Stadtverwaltung.

Klimaschutz:

Seit Anfang der 2000er Jahre beschäftigt sich die Stadt Rottweil intensiv mit den Auswirkungen des Klimawandels sowie den lokal umsetzbaren Maßnahmen zum Klimaschutz – auch innerhalb der Stadtverwaltung. Hier gibt es Vielfältige zu nennen, so besteht beispielsweise seit 2003, also seit 16 Jahren, eine Dienstanweisung Energie der Stadtverwaltung, die die Beschränkung des Energieverbrauchs auf ein Mindestmaß vorgibt. Diese wurde 2015 komplett überarbeitet und hierbei auf alle Mitarbeiter der Stadtverwaltung ausgeweitet. Weiter hat die Stadt Rottweil durch Modernisierung ihrer eigenen Gebäude und Anlagen sowie der städtischen Dienstfahrzeuge bereits eine sukzessive Reduzierung der CO₂-Emissionen eingeleitet. Dies ist ein wichtiges Signal auch außerhalb der Stadtverwaltung. Hier kann die Stadt vor allem auch mit Unterstützung der Lokalen

Agenda seit vielen Jahren und im Wesentlichen durch Information und Motivation für Maßnahmen des Klimaschutzes werben.

Mit der Teilnahme am European Energy Award und der damit verbundenen Erstellung des Energiepolitischen Arbeitsprogramms ist die Stadtverwaltung einen weiteren Schritt in Sachen Klimaschutz gegangen, der mit großem zeitlichen Aufwand auf breiter Basis der Verwaltung dezentral vorangetrieben wurde. Bereits 2018 wurden über 62 % der möglichen Punkte erreicht.

Bisher umgesetzte Maßnahmen sind beispielsweise:

- die Erstellung einer Energie- und CO₂-Bilanz
- die Ausgabe einer Bauherrenmappe bei Neubau (Schwerpunkt Energiemanagement)
- der Bezug von zertifiziertem Öko-Strom
- die Umrüstung der öffentlichen Beleuchtung
- der Ausbau der E-Lade-Infrastruktur
- die erfolgreiche Bewerbung als Modellkommune im Kompetenznetzwerk „Klima Mobil“
- etc.

Im Frühjahr dieses Jahres hat sich die Stadtverwaltung dazu entschieden, den EEA-Prozess auch künftig fortzuführen. Dies soll vor allem in verstärkter Zusammenarbeit mit der ENRW geschehen. Die Stadt Rottweil hat mit der ENRW einen Partner, der speziell im Bereich Klimaschutz über ein großes Know-How verfügt und dieses gerne einbringt.

Im Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg hat sich das Land das verbindliche Ziel gesetzt, seine Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 um mindestens 25 Prozent zu senken. Bis zum Jahr 2050 wird eine Minderung um 90 Prozent angestrebt. Um diese Ziele zu erreichen, müssen Klimaschutzbeiträge auf allen Ebenen geleistet werden. Im Klimaschutzgesetz wurde die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand beim Klimaschutz verankert.

Gleichzeitig hat sich das Land in diesem Gesetz verpflichtet, die Kommunen bei der Umsetzung ihrer Vorbildfunktion zu unterstützen. Dieser gesetzliche Auftrag wurde mit dem Klimaschutzpakt umgesetzt.

Der Klimaschutzpakt ist eine Vereinbarung zwischen dem Land Baden-Württemberg und den Kommunalen Landesverbänden, die Ende 2015 unterzeichnet und für die Jahre 2018 bis 2021 fortgeschrieben wurde. Mit dieser Vereinbarung bekennen sich Land, Gemeindetag, Landkreistag und Städtetag zur Vorbildwirkung der öffentlichen Hand beim Klimaschutz und zu den klimapolitischen Zielen des Klimaschutzgesetzes. Die Unterzeichnung durch Städte und Kommunen wird empfohlen. Im Rahmen der Erstellung des Paktes wurden neue Förderangebote vereinbart, die überwiegend im Landesförderprogramm Klimaschutz-Plus umgesetzt werden. Dabei erhalten die teilnehmenden Kommunen verbesserte Förderbedingungen wie zum Beispiel erhöhte Fördersätze.

Mehr als 400 Kommunen in Baden-Württemberg unterstützen diesen Klimaschutzpakt bereits. Die Stadt Rottweil begrüßt den Klimaschutzpakt und kann durch ihren Beitritt die Initiative unterstützen und deutlich machen, dass sie im Bereich des Klimaschutzes aktiv ist und diese Aktivitäten auch weiterentwickeln möchte.

Eine konkrete Verpflichtung zur Durchführung einzelner Maßnahmen besteht nicht. Durch die Erklärung entstehen auch keine rechtlich verbindlichen Konsequenzen und dadurch begründete zusätzliche Ausgaben. Die im Klimaschutzpakt genannten neuen Fördertatbestände wird die Stadtverwaltung prüfen und, sofern passend, auch nutzen.

Mit Beschluss des Gemeinderates am 25.09.2019 (Vorlage 143/2019) rückte das Klima noch stärker in den Fokus der Stadtverwaltung. Die Erstellung des Gesamtstädtischen Entwicklungskonzepts (GEK) beinhaltet eine Bestandsanalyse der Gesamtstadt auf städtebaulicher, sozialer, ökologischer und ökonomischer Ebene. Anhand dieser wurden Handlungsfelder aufgezeigt und unter Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürgern Entwicklungsziele formuliert. Durch die anschließende Schwerpunktsetzung und Priorisierung der Entwicklungsziele und daraus folgend der Formulierung zielgerichteter Maßnahmen, entsteht die Grundlage für eine nachhaltige Stadtentwicklung.

Die Erarbeitung eines GEK bzw. eines ISEK (Integriertes Stadtentwicklungskonzept) führt gleichzeitig zur Fortschreibung der städtischen Leitbilder (bisherige Leitbilder fließen in den GEK-Prozess mit ein und werden in ein Entwicklungsziel überführt).

Eines während der ersten Konzeptphase häufig genannt und damit für den weiteren Prozess gesetzten Entwicklungsziele war „Klima: Angepasst. Neutral. Bewusst.“.

Dieses Entwicklungsziel wird in Phase 2 des GEK, welche sich ebenfalls durch intensive Beteiligung der Bürgerschaft und des Gemeinderats auszeichnet, mit zielgerichteten Maßnahmen versehen.

Die Erstellung eines „Klimaschutz-Leitbildes“ ist daher eine in das GEK/ISEK integrierte Maßnahme.

Zuständigkeit:

Die Zuständigkeiten liegt gemäß § 2 Nr. 3.1 der Hauptsatzung aufgrund der grundsätzlichen Bedeutung der Entscheidung beim Gemeinderat.

Anlagen:

1. Erklärung der Stadt Rottweil zum Klimaschutzpakt
2. Fraktionsantrag SPD+FFR Nr. 111/2019
3. Fraktionsantrag Bündnis 90/Die Grünen Nr. 120/2019
4. Fraktionsantrag SPD+FFR Nr. 006/2021
5. Fraktionsantrag Bündnis 90/Die Grünen Nr. 033/2021
6. Fraktionsantrag Bündnis 90/Die Grünen Nr. 101/2021
7. Brief der Lokalen Agenda (AK Klimaschutz)



Unterstützende Erklärung
~~der Gemeinde / der Stadt / des Landkreises~~ Rottweil
zum Klimaschutzpakt zwischen dem Land
und den kommunalen Landesverbänden
nach § 7 Absatz 4 Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg

- (1) Die Folgen eines weiter fortschreitenden Klimawandels stellen weltweit, aber auch für die Menschen in Deutschland eine ernste Bedrohung ihrer Lebensgrundlagen dar. Um diesen Entwicklungen wirksam entgegenzutreten, bedarf es verbindlicher internationaler und nationaler Initiativen, aber auch konsequentes Handeln im Land und vor Ort. Alle sind dazu aufgerufen, ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Der öffentlichen Hand kommt dabei für ihren Organisationsbereich eine allgemeine Vorbildfunktion zu. Dazu stehen wir.
- (2) Die ~~Gemeinde/Stadt/der Landkreis~~ Rottweil setzt sich daher zum Ziel, bis zum Jahr 2040 eine weitgehend klimaneutrale Verwaltung im Sinne der Vereinbarung der Landesregierung mit den kommunalen Landesverbänden vom 08.07.2020 zu erreichen.

Absätze 3 bis 5 ergänzend:

- (3) Die ~~Gemeinde/Stadt/der Landkreis~~ Rottweil hat bereits in der Vergangenheit verschiedene Klimaschutzmaßnahmen in vorbildlicher Weise umgesetzt:
- Durchführung einer European Energy Award Zertifizierung (EEA)
 - Umsetzung eines energiepolitischen Arbeitspapiers (EPAP)
- (4) Die Gemeinde/Stadt/der Landkreis Rottweil will auch künftig an der Erfüllung der Vorbildfunktion weiterarbeiten:
- Re-Zertifizierung des European Energy Awards
 - Landesgartenschau 2028
- (5) Der Gemeinderat/Kreistag hat in seiner Sitzung am 14.07.2021 über die unterstützende Erklärung beraten und zugestimmt.

Rottweil, 14.07.2021

Ort, Datum

Bürgermeister/in, Oberbürgermeister/in, Landrat/-rätin





Fraktion SPD+FFR

Rottweil, 15.07.2019

Fraktion SPD+FFR

Herrn Oberbürgermeister
Ralf Broß
Hauptstraße 21 - 23
78628 Rottweil

Antrag Fraktion SPD+FFR zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Broß, sehr geehrter Herr Bürgermeister Ruf,

Antrag: Wir wollen die nachhaltige öffentliche Beschaffung vorantreiben und schlagen deshalb vor, in folgenden Bereichen auf die Beschaffung fair und ökologisch produzierter und gehandelter Waren und Dienstleistungen zu bestehen und anstehende Ausschreibungen entsprechend zu formulieren.

Agrarprodukte wie Kaffee, Tee, Kakao, Orangen, Bananen, saisonales Obst, Blumen, Säfte. Hier sollte zumindest das Fair-Trade-Siegel als Richtschnur gelten.

Bürogeräte
Reinigungsmittel
Ökostrom
Dienstkleidung
Teppiche, Textilien, Lederprodukte
Natursteine
Kommunalfahrzeuge
Spielwaren



Begründung: Im Januar 2018 haben in Rottweil über 100 Teilnehmer der Auftaktveranstaltung zum Agenda 2030-Prozess in der Stadthalle überlegt, wie sich die 17 Nachhaltigkeitsziele der UN lokal umsetzen lassen. Nun finden wir, ist es an der Zeit, ein nach außen deutlich sichtbares Zeichen zu setzen, dass Rottweil es ernst meint mit der Umsetzung nachhaltiger Wirtschaftsziele. Die Junge Union setzt sich sogar für die Einführung eines Schulfaches Nachhaltigkeit ein (siehe Schwarzwälder Bote, 25.3.2019). So denken wir, ist unser Anliegen auch anderen Fraktionen wichtig.

Die öffentliche Beschaffung bietet die Möglichkeit, umweltfreundliche und fair gehandelte Produkte bei Ausschreibungen zu berücksichtigen. Dabei reicht die Marktmacht der öffentlichen Verwaltung weit über die Gemarkungsgrenzen hinaus und kann positive Änderungen in vielen Bereichen und Regionen anstoßen. Die Nachfrage nach nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen setzt ein deutliches Signal an die Anbieter. Die öffentliche Verwaltung hat zudem Vorbildcharakter für Schulen, Vereine und Privatmenschen. Wir begreifen nachhaltige Beschaffung nicht als Kür, sondern als Pflicht und halten sie für einen großen Schritt in Richtung Klimaschutz. Damit setzen wir globales Denken vor Ort um und nehmen unsere Verpflichtung zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele als eine der bundesweit ausgewählten Städte im Agenda 2030-Prozess ernst.

Regelmäßige Beschaffungsgüter in Verwaltungen sind Papier und Bürobedarf, Bürogeräte, Möbel oder Strom. Dazu gehören zudem Dienstleistungen wie IT-Services, Reinigungs- und Wartungsdienste, Gebäudebau und Instandhaltung, Fuhrparkausstattung und Bereitstellung des öffentlichen Nahverkehrs. Werden Produkte aus genannten Bereichen nachhaltig beschafft, hat das für die öffentliche Hand, die Gesellschaft, die Umwelt und das Wohl zukünftiger Generationen mehrere Vorteile: Gute Produkte können bei Berücksichtigung der Folgekosten langfristig günstiger sein. Nachhaltiger Einkauf leistet einen wichtigen Beitrag zu Klima, Umwelt und Ressourcenschutz und trägt aktiv zur Umsetzung der landesweiten Umweltpolitik bei. Ökologisch und fair erzeugte Vorreiterprodukte unterstützen zukunftsfähige Wirtschaftsstrukturen. Die Einhaltung von Sozialstandards und fairere Entlohnung sorgen für verbesserte Arbeitsbedingungen regional wie global.

Mit freundlichen Grüßen

Fraktionsvorsitzender Arved Sassnick (SPD)

Stellvertr. Fraktionsvorsitzende Elke Reichenbach (FFR)



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rottweil

Rottweil, 29.07.2019

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herrn Oberbürgermeister
Ralf Broß
Hauptstraße 21 - 23
78628 Rottweil

Antrag: Klimaschutzstadt Rottweil

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Broß,
sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte,

die Gemeinderatsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen beantragt, folgende Punkte zu beraten und zu beschließen:

1. Die Stadt Rottweil erweitert ihre bisherigen sechs Leitbilder der Stadtentwicklung (Soziale Stadt, Bildungsstandort, Tourismus, Wirtschaft, nachhaltige Finanzpolitik, Familienfreundliche Stadt) um das **Leitbild „Klimaschutzstadt Rottweil“** mit der Vision einer klimaneutralen Stadt.
2. Dieses Leitbild ist **griffig** und **handlungsorientiert** zu formulieren. Einbeziehen lassen sich beispielsweise: die verwaltungsinterne Fachkompetenz, das Energiepolitische Arbeitsprogramm (EPAP) des European Energy Award (eea), Ergebnisse der Planung der Landesgartenschau 2028, das bisherige bürgerschaftliche Engagement (z.B. des Arbeitskreises Klimaschutz der Lokalen Agenda) und Ergebnisse des eben gestarteten gesamtstädtischen Entwicklungskonzepts (GEK).
3. Rottweil unterstützt den zwischen dem Land und den kommunalen Landesverbänden abgeschlossenen **Klimaschutzpakt** und setzt sich das Ziel, **spätestens** bis zum Jahr **2040** die **Verwaltung weitgehend klimaneutral** zu organisieren. Diese kommunale Vorbildfunktion basiert auf dem baden-



württembergische Klimaschutzgesetz (§ 7, Abs. 4.). Die Stadt Rottweil gehört bislang noch nicht zu den Unterstützern dieses Pakts. „Spätestens bis zum Jahr 2040“ deshalb, weil beispielsweise Tübingen ehrgeiziger ist, bereits 2030 als Gesamtstadt klimaneutral sein will.

4. Rottweil folgt dem Konstanzer Vorbild und versieht alle **politischen Beschlussvorlagen** mit einem **Kästchen „Auswirkungen auf den Klimaschutz“** und den Auswahlmöglichkeiten „Ja, positiv“, „Ja, negativ“ und „Nein“.
5. Im eea-Prozess spielt das **Energieteam** der Stadt Rottweil eine wichtige Rolle. In diesem sitzen bereits zwei Vertreter des Arbeitskreises Klimaschutz der Lokalen Agenda. Dieses Energieteam wird um einen **Vertreter** bzw. eine **Vertreterin** von „**Fridays for Future**“ erweitert.
6. Rottweil sucht im Klimaschutz die **partnerschaftliche Zusammenarbeit** mit anderen Städten, die auf diesem Feld **Pionierarbeit** leisten.

Begründung:

Rottweil ist in Sachen Klimaschutz keineswegs untätig gewesen. Das belegen zahllose Aktivitäten der Stadt, der ENRW, der Lokalen Agenda 21 - Rottweil und der Bürgerschaft. Diese führten zu Recht zur Auszeichnung der Stadt Rottweil mit dem European Energy Award (eea).

Doch die aktuellen naturwissenschaftlichen Forschungsergebnisse zeigen, dass der globale Klimawandel sich noch dramatischer vollzieht, als in früheren Prognosen angenommen. Unsere Lebensgrundlagen geraten in Not. Sehr deutlich betonen das neben vielen anderen die Scientists for Future (<https://www.scientists4future.org>). Das von der Weltgemeinschaft geforderte Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, scheint kaum mehr einhaltbar. Viele Jugendliche wühlt das auf. Sie sehen sich um ihre Zukunft gebracht und gehen deshalb auf die Straße. Kreativ. Ohne Hysterie.

Es ist also an der Zeit, in Rottweil darüber nachzudenken, **wie wir** unsere **Anstrengungen im Klimaschutz erhöhen**. Dies wäre auch eine Visitenkarte für die Landesgartenschau 2028.

Denn eine Landesgartenschau, die sich diesem Menschheitsproblem nicht engagiert stellt, wäre aus der Zeit und deren Herausforderungen gefallen.



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rottweil

Das weitere **Leitbild „Klimaschutzstadt Rottweil“** **schließt** eine **konzeptionelle Lücke**, denn damit rückt auch der Schutz unserer Lebensgrundlagen ins Zentrum der Stadtentwicklung. Und es schließt noch eine weitere Lücke, die der „eea-Bericht externes Audit Stadt Rottweil 2016“ so benennt: **„Es existiert kein Energiepolitisches Leitbild“**. Dieses wäre ein wichtiger Baustein für die höchste Auszeichnung der Stadt mit dem „European Energy Award Gold“.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ingeborg Gekle-Maier'.

Ingeborg Gekle-Maier
Fraktionssprecherin



Fraktion SPD+FFR

Rottweil, 08.12.2020

Fraktion SPD+FFR

Herrn Oberbürgermeister
Ralf Broß
Hauptstraße 21 - 23
78628 Rottweil

Antrag SPD+FFR zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung

Sehr geehrter Herr Broß,

Die Stadt Rottweil hat im Frühjahr 2019 eine Studentin der Verwaltungshochschule Ludwigsburg beauftragt, im Rahmen ihrer Bachelor-Arbeit die Möglichkeiten nachhaltiger Beschaffung auf kommunaler Ebene in Rottweil zu untersuchen und nach der Analyse des Ist-Zustandes einen Maßnahmenkatalog zu entwickeln. Wir gehen davon aus, dass diese Arbeit inzwischen vorliegt und beantragen:

1. Einen Bericht über die Ergebnisse der Bachelor-Arbeit.
2. Die Entwicklung eines Maßnahmenkataloges im kommenden Jahr zur schrittweisen Umstellung der kommunalen Beschaffung unter öko-sozialen Kriterien .
3. Mit der Beschaffung fair gehandelten Tees und Kaffees für das Rathaus einen ersten Schritt hin zur nachhaltigen kommunalen Beschaffung zu tun.

Begründung: Öffentliche Beschaffung bietet die Möglichkeit, umweltfreundliche und fair gehandelte Produkte bei Ausschreibungen zu berücksichtigen. Die kommunale Marktposition kann dabei positive Änderungen in vielen Bereichen anstoßen; als positives Vorbild wirkt die Stadt weit über das Rathaus in Bevölkerung, Vereine und Unternehmen hinein. Das zeigt ja auch der Agenda-2030-Prozess, den Rottweil im Jahr 2018 angestoßen



hat, um das Bewusstsein der Bürgerschaft für die Bedeutung der 17 Nachhaltigkeitsziele der Agenda und deren Umsetzung zu schärfen.

Verwendete öffentliche Gelder fördern ökologische und fair erzeugte Vorreiterprodukte und unterstützen damit zukunftsfähige Wirtschaftsstrukturen – regional wie global. Der nachhaltige Einkauf ist ein wichtiger Beitrag zum Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz und trägt damit aktiv zur Umsetzung baden-württembergischer Umweltpolitik bei. Klimawandel und Flüchtlingsbewegungen weltweit verdeutlichen die Notwendigkeit nachhaltigen wirtschaftlichen Handelns immer stärker. Dem können wir uns nicht verschließen.

Elke Reichenbach (FFR), Arved Sassnick (SPD)



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rottweil

Rottweil, 19.02.2021

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herrn Oberbürgermeister
Ralf Broß
Hauptstraße 21 - 23
78628 Rottweil

Antrag: Die Stadt Rottweil tritt dem dritten Klimaschutzpakt des Landes Baden-Württemberg bei.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Broß,

die Gemeinderatsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen beantragt:

Die Stadt Rottweil tritt dem dritten Klimaschutzpakt des Landes Baden-Württemberg bei.

Begründung:

1. Das Land und die kommunalen Landesverbände haben am 8. Juli 2020 den dritten Klimaschutzpakt vereinbart, der rückwirkend zum 1. Januar 2020 in Kraft trat und bis Ende 2021 gilt. Im Handlungsauftrag dieses Pakts heißt es: „Die Landkreise, Städte und Gemeinden werden weiterhin ein zentraler Dreh- und Angelpunkt beim Klimaschutz sein. Die Kommunen nehmen gegenüber Bürgerinnen und Bürgern eine wichtige Vorbildfunktion ein und sind zugleich Motoren notwendiger Zukunftsentwicklungen.“ Am 1. Januar 2020 unterstützten 266 Kommunen und Landkreise diesen Klimaschutzpakt. Die Stadt Rottweil ist nicht dabei.



2. Der Beitritt zum dritten Klimaschutzpakt ist mit **keinen finanziellen Belastungen** verbunden. Es genügt eine unterstützende Erklärung, die der Gemeinderat beraten und beschlossen hat. In dieser setzt die Stadt sich das ehrgeizige Ziel, „bis zum **Jahr 2040** eine **weitgehend klimaneutrale Verwaltung** im Sinne der Vereinbarung der Landesregierung mit den kommunalen Landesverbänden (...) zu erreichen.“
3. Kommunen und Landkreise, die diesem Klimaschutzpakt beigetreten sind, können mit einer **Bonusregelung** etwa im Rahmen des **Förderprogramms „Klimaschutz-Plus“** rechnen. Dieser dritte Klimaschutzpakt schafft sogar neue Fördertatbestände, etwa bei energieeffizienten Sanierungen, der Wärmewende, einer bzw. eines Beauftragten für Klimaneutralität oder der Bilanzierung von CO₂-Emissionen.

Ein Beitritt zum dritten Klimaschutzpakt bietet der Stadt also **nur Vorteile** und unterstreicht ihre **Vorbildfunktion im Klimaschutz**.

Mit freundlichen Grüßen
Für die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Ingeborg Gekle-Maier
Fraktionssprecherin

Nähere Informationen:

- Der dritte Klimaschutzpakt 2020/2021: https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/4_Klima/Klimaschutz/Dritter-Klimaschutzpakt-2020-2021.pdf
- Karte der bisherigen Unterstützer des Klimaschutzpakts: https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/4_Klima/Klimaschutz/20210203-Unterstuetzer-Klimapakt.pdf
- Wortlaut der unterstützende Erklärung: https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/4_Klima/Klimaschutz/Klimaschutzpakt-Formular-unterstuetzende-Erklaerung.pdf



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rottweil

Rottweil, 03.06.2021

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herrn Oberbürgermeister
Ralf Broß
Hauptstraße 21 - 23
78628 Rottweil

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Broß,

in Bälde befasst sich der Gemeinderat mit der nachhaltigen Stadtentwicklung. Neben dem Klimaschutz geht es auch um das städtische Beschaffungswesen, zu dem ja bereits ein Antrag von SPD+FFR (Vorlage 006/2021) vorliegt. Passend und ergänzend dazu beantragt die Gemeinderatsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen:

Die Stadt Rottweil schließt sich der Kampagne Fairtrade-Towns an und erfüllt die fünf Kriterien, die für die Auszeichnung „Fairtrade-Town“ erforderlich sind.

Begründung:

1. Der Rottweiler Gemeinderat hat sich den siebzehn Zielen einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet, die die Agenda 2030 formuliert. Das erste Ziel lautet „Keine Armut“, das zweite „Kein Hunger“. Fairen Welthandel auf kommunaler Ebene zu fördern, ist dazu ein bescheidener Beitrag. Und das ist auch der Kern der internationalen Fairtrade-Towns-Kampagne, der sich in der Bundesrepublik bereits über 600 Kommunen angeschlossen haben. Die Teilnahme an der Kampagne ist kostenfrei.
2. Die Auszeichnung „Fairtrade-Town“ drückt Weltoffenheit aus, dient auch der Wirtschaftsförderung und ist Teil eines attraktiven Stadtmarketings.
3. Dieses Engagement setzt Impulse, dass die Stadt sich für ein nachhaltiges Beschaffungswesen einsetzt.



4. In Rottweil hat das Engagement für fairen Handel und die Probleme armer Länder auf der südlichen Erdhalbkugel eine lange Tradition: Seit 1972 ist die Aktion Eine Welt aktiv; der Weltladen besteht seit 1980 und seit 1982 gibt es die Initiative 3. Welt e.V. Ein Beschluss der Stadt Rottweil, Fairtrade-Town zu werden, fügt sich also gut in diese lange Tradition.
5. Für Fairtrade-Towns gelten folgende fünf Kriterien: ein Ratsbeschluss der Kommune, die Einrichtung einer Steuerungsgruppe, Produkte aus fairem Handel im Einzelhandel, Fairtrade-Produkte in öffentlichen Einrichtungen, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema „Fairer Handel“. Rottweil kann diese Kriterien erfüllen.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Ingeborg Gekle-Maier
Fraktionssprecherin

Nähere Informationen:

- **Allgemeines zum TransFair e.V.:** <https://www.fairtrade-deutschland.de>
- **Die Kampagne Fairtrade-Towns:** <https://www.fairtrade-towns.de/aktuelles>
- **Nachhaltige öffentliche Beschaffung nach dem Cradle to Cradle-Prinzip (C2C):** <https://www.vergabe-insider.com>

Arbeitskreis Klimaschutz der Lokalen Agenda 21 Rottweil

Antrag zu einer „Städtischen Verpflichtung auf Klimaschutz“

Viele deutsche und europäische Städte und Ende 2019 auch die EU haben den Klimanotstand ausgerufen und fordern von der Politik auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene Sofortmaßnahmen, um die Erderwärmung bei 1,5 Grad zu stoppen.

Der Arbeitskreis Klimaschutz der Lokalen Agenda 21 beantragt (unterstützt auch von der Bürgerinitiative für eine Welt ohne atomare Bedrohung und der Rottweiler Gruppe von Fridays for Future), dass **der Gemeinderat eine Verpflichtung auf Klimaschutz beschließen möge**, die wie folgt lauten könnte:

„Die Stadt Rottweil erkennt an, dass auf der Erde eine akute und weiter zunehmende Gefahr durch den anthropogenen Klimawandel für das Leben derzeitiger und nachfolgender Generationen besteht. Sie erklärt daher die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen zur Aufgabe von höchster Priorität. Die Stadt Rottweil verpflichtet sich, auf kommunaler Ebene alles zu tun, um dessen Folgen entgegen zu wirken, bzw. diese abzumildern, und im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten Klimaschutz und Nachhaltigkeit (dies schließt auch Umwelt- und Artenschutz ein) künftig verstärkt in den Fokus ihres Verwaltungshandelns zu stellen.

Der Gemeinderat beschließt deshalb, **dass die Stadt Rottweil jede Entscheidung, die im Gemeinderat getroffen werden soll, zunächst auf ihre Klimarelevanz prüft. Dafür werden die Sitzungsvorlagen für den Gemeinderat um eine Einschätzung zur Klimarelevanz der behandelten Themen ergänzt.** Gegebenenfalls sind entsprechend der ermittelten Klimarelevanz zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen zu beschließen, Vorhaben zu überarbeiten oder auch gänzlich abzulehnen.“

Die Verpflichtung auf Klimaschutz seitens der Politik und der Verwaltung wäre ein Signal und ein Impuls – ein Signal der Bereitschaft, das Tempo im Klimaschutz zu beschleunigen, ein Signal auch und gerade an die jungen Menschen in Rottweil, dass dieses Thema, das die Jugend sehr bewegt, hier angekommen ist. Der Beschluss wäre zudem ein Impuls für die gesamte Bevölkerung, die Bedrohung durch den beschleunigten anthropogenen Klimawandel ernst zu nehmen und sich für Klimaschutz zu engagieren, denn Klimaschutz ist ein Thema, das nicht nur Politik und Verwaltung angeht, sondern zu dem alle einen Beitrag leisten müssen.

Arbeitskreis Klimaschutz der Lokalen Agenda 21 Rottweil

i.A. gez. Raymund Holzer
(kommissarischer Sprecher)